

Die Sorgen sind groß

Die Frage: Kommen wir gut durch den Winter?

Die Sorgen sind groß: Kommen wir gut durch diesen Winter? Diese Frage stellen sich viele Menschen im Norden. Die Verunsicherung entsteht, weil die Diskussionen weitgehend ungeordnet stattfinden. Wir wollen in dieser Ausgabe des Nord-Kurier zumindest einige Aspekte erklären.

Der Angriffskrieg von Russlands Präsidenten Putin auf die Ukrainer ist auch ein Handelskrieg mit dem Westen. Unser größter Gaslieferant fällt aus. Deutschland kauft von anderen Anbietern, was es bekommen kann. Doch das gelingt nur zu deutlich höheren Preisen.

Aber nicht nur die Energiepreise steigen. Derzeit wird alles teurer. Das liegt nicht nur an der Energiekrise, sondern auch an Verfügbarkeitsproblemen und unterbrochenen Lieferketten durch den Handelskrieg, die Corona-Pandemie und die Wirtschaftspolitik Chinas. Hinzu kommt ein eklatanter Fachkräftemangel in Deutschland.

Die Krisensituation ist also komplex und es gibt keine einfachen Wahrheiten. Die beste Lösung, die Bürger zu entlasten, wäre eine Senkung der Verbrauchs- und Umsatzsteuern. Doch das will die Politik in Berlin nicht, weil davon diejenigen profitieren würden,

die am meisten verbrauchen. Und aus Gründen des Klimaschutzes soll ja gerade der Energieverbrauch teurer werden, um einen Sparanreiz zu setzen.

Die von der Politik beschlossenen Entlastungspakete haben dagegen gleich mehrere Nachteile: Weil sie mit Schulden finanziert werden, belasten sie unsere Kinder und Enkel. Die Erhöhung der Geldmenge führt zu weiter steigenden Inflationsraten und die Energiepreise auf den Weltmärkten können so auch nicht eingedämmt werden. Außerdem gelingt es nicht, die Maßnahmen so zu schnüren, dass nur die wirklich Bedürftigen davon profitieren. Das teure Steuerzahlergeld wird leider in großen Teilen verschwendet.

In dieser Ausgabe erklären wir, was sie selbst tun können, um die Krisenfolgen abzumildern (Seite 4). In einem Kommentar beleuchtet Dr. Aloys Altmann die Folgen der ausufernden Staatsverschuldung (Seite 2). Reiner Holznagel kritisiert, dass der Staat selbst zum größten Krisenprofiteur geworden ist (Seite 7) und in Schwerin laden wir zu einem Steuerforum im Zeichen der Krise (Seite 6).

Rainer Kersten
rainer.kersten@steuerzahler.de

Krankenhäuser – die Größe entscheidet



Im Kreis Rendsburg-Eckernförde geht es um die Existenz eines Krankenhauses – leider kein Einzelfall. Warum überall im Norden vor allem die kleinen Krankenhäuser gefährdet sind, beschreiben wir auf Seite 3 dieser Ausgabe. Gleich mehrere Entwicklungen haben dazu geführt, dass vor allem Flächenländer wie Schleswig-Holstein vor schwierigen Zeiten stehen. Einerseits möchten viele Bürger das Krankenhaus in ihrem Umfeld nicht missen, andererseits sind es vor allem die großen Kliniken mit spezialisierten Angeboten, die sowohl auf die jungen Ärzte wie die potenziellen Patienten einen wachsenden Reiz ausüben.



Allen Unwillen zum Trotz wünschen wir unseren Lesern ein friedvolles Weihnachtsfest. Ganz zu schweigen vom anschließenden Jahreswechsel: Wir wünschen einen guten Rutsch. Die Summe der Probleme darf nicht den Blick darauf verstellen: Unser Land hat alle Chancen, dass das Jahr 2023 besser, ruhiger und friedlicher wird. Genau das wünschen wir allen Lesern!

Die hohe Zeit für Schuldenmacher

Kommentar von Dr. Aloys Altmann: An die Kinder denkt derzeit niemand mehr

In den Medien erleben wir täglich, wie sich unsere Politiker geradezu überschlagen mit Vorschlägen, wie die Bürger von hohen Energiepreisen und Inflationsraten entlastet werden können. Völlig vergessen wird dabei, dass nachfolgende Generationen die Zeche zahlen müssen.

Anschließend streitet sich die Bundesregierung mit den Ländern darüber, wer wie viel vom „Doppel-Wumms“, oder wie das Programm auch immer heißt, bezahlen soll. Völlig vergessen wird dabei, dass all diese Programme und Entlastungspakete auf Pump erfolgen. Sie sind also durch Schulden finanziert. Wer denkt da eigentlich noch an unsere Kinder und Enkel?

Die gesamtstaatliche Verschuldung ist in den letzten zwei Jahren um rund 422 Milliarden Euro gewachsen – allein dieser Zuwachs beträgt mehr als 5.000 Euro pro Bürger! Die gerade erst veröffentlichte Strukturanalyse des Instituts für Weltwirtschaft in Kiel hat ergeben, dass der Bund allein im Jahr 2021 87,2 Milliarden Euro für Finanzhilfen ausgegeben hat. Damit ist der Bundeshaushalt zu fast einem Fünftel ein Subventionshaushalt. Und dieses Geld kommt eben gerade nicht besonders notleidenden Unternehmen und Bevölkerungsgruppen zugute. So haben nach Berechnungen unseres Deutschen Steuerzahlerinstituts neunzehn der zwanzig größten Dax-Unternehmen Finanzhilfen des Bundes in Höhe von 1,1 Milliarden Euro bewilligt bekommen.

Ein schlechtes Beispiel für eine völlig verantwortungslose Verschuldungspolitik bietet aber auch der Landtag von Schleswig-Holstein. Ende 2021 haben die Landtagsabgeordneten mit Verfassungsmehrheit eine Notkreditermächtigung über die Schuldengrenze hinaus in Höhe von 5,75 Milliarden Euro bewilligt, um die Corona-Pandemie zu bekämpfen. In einem von uns in Auftrag gegebenen Gutachten hat der Kieler Verfassungsrechtler Professor Dr. Florian Becker zweifelsfrei festgestellt, dass diese Kreditermächtigung verfassungswidrig war. Wir haben im Nord-Kurier ausführlich darüber berichtet. Wie recht wir mit dieser Einschätzung hatten, zeigt die Feststellung der Lan-



Aloys Altmann, Präsident des Steuerzahlerbundes Schleswig-Holstein, warnt vor Politik zu Lasten der nächsten Generationen.

desregierung vom August 2022, dass 2,1 Milliarden Euro dieser Kreditermächtigung überhaupt nicht benötigt würden. Im April hatte man aber bereits 400 Millionen Euro einfach umgewandelt in einen neuen Notkredit für die Bewältigung der Folgen des Ukraine-Konfliktes. Jetzt will man einen zusätzlichen Notkredit über 1 Milliarde Euro auch für die Bewältigung der im Winter anstehenden Energiekrise verwenden.

Völlig vergessen wird dabei, dass ein Einsatz der Kreditermächtigung eben immer auch gleichbedeutend ist mit einer zusätzlichen Schuldenaufnahme. Die Förderung von Energie- und Schuldenberatung sowie eine Unterstützung von Sportvereinen mag sinnvoll und berechtigt sein, aber dann muss sie eben durch Einsparungen in anderen Bereichen finanziert werden. Eine Kreditaufnahme bedeutet immer, dass wir zu Lasten künftiger Generationen leben. Oder plakativ ausgedrückt: Damit wir es in diesem Winter warm haben, müssen unsere Kinder und Enkel die Schulden zurückzahlen! Und wissen wir, ob unsere Kinder und Enkel nicht eventuell neue, noch viel größere Krisen zu bewältigen haben, für die wir ihnen keine Handlungsspielräume zurücklassen?

Für uns Steuerzahler ist es im Übrigen vollkommen egal, welche staatliche Ebene Ausgaben übernimmt und die Ausgaben trägt. Das ganze Gezerre zwischen Bund, Ländern und Gemeinden bei der Finanzierung von Hilfsprogrammen geht also vollkommen am Thema vorbei. Es sind immer wir Steuerzahler, die am Ende die Zeche zahlen müssen.

Derzeit ist es vor allem der Bund, der massiv zusätzliche Schulden aufnimmt. Das Land Schleswig-Holstein rechnet für das laufende Jahr mit den höchsten Steuereinnahmen seiner Geschichte – 1 Milliarde Euro mehr als erwartet. Und auch die Kommunen haben insgesamt im letzten Jahr Überschüsse von 3 Milliarden Euro erwirtschaftet. Dennoch ist es üblich geworden, mit dem Finger nach Berlin zu zeigen, wenn man wieder einen Vorschlag hat, wofür noch zusätzlich Geld ausgegeben werden sollte.

Dieses Verhalten, finanzielle Unterstützung von anderen zu fordern, haben unsere Politiker aber auch selbst befeuert. Wer in der Öffentlichkeit den Eindruck erweckt, die aktuelle Krisensituation könnte ohne persönliche Einschränkungen bei allen Bürgern durch politische Entscheidungen bewältigt werden, handelt fahrlässig und fördert Illusionen. Darum: Schluss mit dem Handaufhalten und stattdessen die Ärmel aufkrepeln!

Auch wir verkennen nicht, dass es Gruppen in unserer Gesellschaft gibt, die von den aktuellen Krisen besonders betroffen sind. Ihnen muss zielgerichtet geholfen werden, aber nur dann, wenn sie sich nicht selber helfen können. Und längst nicht jeder Rentner und jeder Student ist damit auch gleich finanziell notleidend. Es gibt Rentner, die über weitere Einkünfte und Vermögen verfügen und es gibt Studenten, deren Eltern sehr wohl in der Lage sind, die Gas- und Stromrechnung ihrer Kinder zu begleichen. Ohne konsequente Bedürfnisprüfungen darf es keine öffentlichen Hilfszahlungen geben! Das sind wir unseren Kindern und Enkeln schuldig.

Dr. Aloys Altmann
schleswig-holstein@steuerzahler.de

Behandlungsbedürftige Krankenhäuser

Imland-Klinik im Kreis Rendsburg-Eckernförde nur ein Beispiel für Probleme

Am 5. November wurden die Bürger des Kreises Rendsburg-Eckernförde zur Abstimmung über einen Bürgerentscheid aufgerufen. Mehrheitlich haben sie entschieden, dass die Imland-Klinik mit ihrem bisherigen medizinischem Angebot erhalten bleiben soll. Doch ist diese Entscheidung überhaupt noch wichtig?



© BilderBox.com

Zwischenzeitlich wurde bekannt, dass zur Vermeidung einer Insolvenz der kommunalen Krankenhausgesellschaft in 2023 mindestens 46 Millionen Euro aus dem Kreishaushalt notwendig sind. Die Probleme der Imland-Klinik sind also riesig und außerdem symptomatisch für die kommunalen Krankenhäuser in Schleswig-Holstein.

Aus der Zeit vor der Kreisreform von 1970 betreibt der Kreis Rendsburg-Eckernförde ein Krankenhaus an den Standorten der beiden namensgebenden Städte. Die Einrichtung firmiert als Imland gGmbH, alleiniger Eigentümer ist der Kreis. Über Jahre hat sich ein immer höherer Zuschussbedarf angehäuft. Die Geschäftsführung, die leitenden Ärzte und externe Gutachter haben eine Empfehlung ausgesprochen, die vom Kreistag mehrheitlich beschlossen wurde. Danach sollte der Standort Eckernförde zu einer internistischen-altermedizinischen und psychiatrischen Klinik weiterentwickelt werden. Im Gegenzug war geplant, die stationäre Notfallversorgung in Eckernförde aufzugeben. Hier sollte es nur noch ein ambulantes Angebot geben. Die Geburtshilfe in Eckernförde war bereits geschlossen, nachdem die gesetzlichen Mindestauflagen nicht mehr dauerhaft erfüllt werden konnten.

Gegen diese als „Szenario 5“ bekannt gewordenen Pläne gründete sich die Bürgerinitiative „Ja! Im Land – rette unser Krankenhaus“, die sich für die Beibehaltung des bisherigen Versorgungsangebots in Eckernförde einschließlich der Geburtshilfe stark gemacht hat. Nachdem sie ausreichend Unterschriften gesammelt hatte, beantragte sie einen Bürgerentscheid, mit dem jetzt alle Wahlberechtigten des Kreises über die

Zukunft abstimmen konnten.

Möglicherweise ist jetzt die Entscheidung der Bürger an den Abstimmungsurnen überflüssig geworden: Neue Berechnungen der Geschäftsführung haben ergeben, dass der Kreis für 2023 einen Zuschuss von voraussichtlich 46 Millionen Euro leisten muss, um eine Insolvenz der kreiseigenen Klinik zu verhindern. Unter diesen Voraussetzungen ist nicht nur die Beibehaltung der alten Struktur, sondern auch das Szenario für eine Umstrukturierung nicht mehr finanzierbar. Es stellt sich vielmehr die Frage, ob der Kreis überhaupt noch dazu in der Lage ist, eine eigene Klinik zu unterhalten. Viele andere Kreise in Schleswig-Holstein haben ihre Krankenhäuser bereits an private Investoren übereignet. Damit liegt dann die Entscheidung über Standorte, Investitionen und das medizinische Angebot allein in der Hand der Eigentümer. Eine politische Einflussnahme gibt es nicht mehr.

Die Einnahmeausfälle und Mehraufwendungen durch die Corona-Pandemie sowie die erwarteten Kostensteigerungen bei Energie und Verbrauchsmaterialien vergrößern die Not der Kliniken, sie verstärken aber nur die ohnehin bestehenden Strukturprobleme. Daher muss man sich nicht nur in Rendsburg und Eckernförde Sorgen machen, sondern an allen Standorten von kommunalen Krankenhäusern im Land: Viele Krankenhäuser in Schleswig-Holstein sind für einen wirtschaftlichen Betrieb zu klein. Experten haben errechnet, dass für optimale Betriebsabläufe eine Größe zwischen 300 und 600 Betten erforderlich ist. Finanziert werden die Krankenhäuser in erster Linie durch die Fallpauschalen, die

die Krankenkassen für bestimmte Behandlungen gewähren. Dabei gilt das Prinzip, dass eine Behandlung dann besonders wirtschaftlich ist, wenn man sie in großer Anzahl durchführen kann. Aber auch für die Gewinnung von Fachpersonal ist die Spezialisierung unverzichtbar: Junge Assistenzärzte lassen sich nur dann gewinnen, wenn sie in dem Haus ihre Facharztausbildung abschließen können und dafür alle relevanten Diagnose- und Behandlungsmethoden kennenlernen. Dieses ist heute nur noch in größeren spezialisierten Einrichtungen möglich. Fehlt eine entsprechende Anzahl an behandelten Fällen, lohnt sich wirtschaftlich weder die Vorhaltung von spezieller Ausstattung noch von damit vertrauten Fachkräften. Es entwickelt sich eine Abwärtsspirale, weil auch viele Patienten inzwischen eine Behandlung dort bevorzugen, wo man die Experten vermutet.

So schön die romantische Vorstellung vom Kleinstadt-Krankenhaus am Rande der Stadt ist, sie lässt sich mit modernen medizinischen Anforderungen nicht mehr vereinbaren. Darum ist das Gesundheitsministerium gefordert, eine landesweite Krankenhausbedarfsplanung zu erarbeiten, die die modernen medizinischen Vorgaben berücksichtigt und dabei eine vertretbare Erreichbarkeit auch über Kreisgrenzen hinweg ermöglicht. Dazu gehört es dann aber auch, dass das Land seine Aufgaben in der Finanzierung erfüllt und die Investitionskosten für die künftige Krankenhauslandschaft vollständig finanziert, so wie es die Grundsätze der Krankenhausfinanzierung vorgeben. Sonst droht uns in Schleswig-Holstein ein weiteres Krankenhaussterben auf Raten.

Rainer Kersten
rainer.kersten@steuerzahler.de

Was wir selbst jetzt tun können

Tipps zur Senkung des Verbrauchs und der Deckelung der bedrohlich hohen Kosten



Weil wir derzeit kein Gas aus Russland bekommen, unserem bisherigen Hauptlieferanten, hat das Bundeswirtschaftsministerium die sogenannte Alarmstufe des „Notfallplans Gas“ ausgerufen. Das ist die zweite von drei Krisen-Stufen. Aktuell sind unsere Gasspeicher voll und es wird auch Gas aus anderen Quellen geliefert. Dabei profitieren wir von den bislang sehr milden Temperaturen. Experten sagen, dass die jetzt bereits vereinbarten Liefermengen bei einer durchschnittlichen Wetterlage ausreichen werden. Wird der Winter jedoch ungewöhnlich hart, könnte es notwendig werden, auch in Norddeutschland die Notfallstufe für die Gasversorgung auszurufen. Dann werden zunächst die Verbraucher vom Gasnetz getrennt, die nicht lebensnotwendig sind. Damit soll die Unterbrechung der Gasversorgung für private Heizungen verhindert werden. Doch klar ist auch, dass Industriebetriebe ohne Gaslieferungen nicht produzieren können und sich damit die Versorgungsprobleme und Preisentwicklungen weiter verschärfen.

Darum sollte jeder seinen Beitrag leisten, um seinen Gasverbrauch zu senken. Viele empfohlene Maßnahmen lassen sich nur langfristig umsetzen. Dieses gilt zum Beispiel für eine bessere Wärmedämmung, eine moderne Heizungsanlage oder die stärkere Nutzung erneuerbarer Energiequellen. Hier ist eine gute Planung notwendig. Geräte und Handwerksbetriebe sind oft über Monate ausgebucht. Aber auch

kurzfristig gibt es für uns alle Handlungsmöglichkeiten. Dazu empfiehlt die Verbraucherzentrale Schleswig-Holstein:

Stromsparen

Rund zehn Prozent des Stroms in Deutschland werden mit Erdgas erzeugt. Wenn wir weniger Strom verbrauchen, sparen wir also auch Gas. Besonders viel Strom verbrauchen wir im Privathaushalt bei unserer Kommunikation und Unterhaltung. Durchschnittlich fast ein Drittel entfällt auf Fernseher, Computer, Spielkonsolen und ähnliche Geräte. Hier lohnt es sich die Geräte vollständig abzuschalten, die nicht gebraucht werden. Ein PC mit leistungsfähiger Grafikkarte verbraucht beispielsweise deutlich mehr Strom als ein Laptop oder gar ein Tablet. Bei Haushaltsgeräten lohnt es sich in der Regel nach etwa 10-15 Jahren, sie zu erneuern, weil neue Geräte deutlich effizienter sind.

Fenster und Türen dichthalten

Undichte Außentüren und Fenster vergrößern Wärmeverluste und sorgen für unangenehme Zugluft. Eine einfache Prüfung ist mit einem Blatt Papier möglich: Klemmt man es zwischen Rahmen und Fenster ein, darf es sich nicht herausziehen lassen.

Heizkörper freihalten

Heizkörper nicht mit Vorhängen verdecken oder Möbeln zustellen! Die Heizenergie wird sonst nicht voll ausgenutzt. Wichtig ist es auch, die Heizkörper sauber zu halten, da Staubablagerungen die Heizleistung mindern. Am besten ist es, wenn der Heizkörper gut zu sehen ist.

Heizkörper entlüften

Werden Heizkörper nicht vollständig warm oder sind gluckerende Geräusche zu hören, müssen sie entlüftet werden. Dabei muss sowohl vor als auch nach der Entlüftung der Druck im Heizungssystem geprüft werden, eventuell muss man Wasser nachfüllen. Mieter sollten sich dafür an den Vermieter oder die Hausverwaltung wenden.

Heizungsanlage optimal steuern

Besondere Sparpotenziale liegen in einer nutzungsgerechten Zeitsteuerung. Nachts

oder bei längerer Abwesenheit auch tagsüber ist es sinnvoll, die Vorlauftemperatur der Heizung zu reduzieren. Je schlechter ein Haus gedämmt ist, desto größer ist das Einsparpotenzial. Mithilfe der Bedienungsanleitung können Sie moderne Heizungen auch auf unterschiedliche Wochentage einstellen.

Die Heizung ganz abzustellen, ist dagegen nicht ratsam: Die Innenfläche der Außenwände kühlt dabei zu stark ab und es entsteht ein großes Schimmelrisiko!

Nutzung des Thermostats

Ein Thermostatventil lässt nur solange heißes Wasser in den Heizkörper fließen, bis die eingestellte Temperatur erreicht wird. Temperaturen zwischen 18 Grad im Schlafzimmer und 21 Grad im Wohnzimmer reichen meist aus. Unter 16 Grad sollte die Temperatur nicht fallen – sonst droht Feuchtigkeit an den Wänden und Schimmel. Mit einem Thermometer können Sie die richtige Thermostat-Einstellung finden. Übrigens: Ein Grad weniger Wärme spart etwa sechs Prozent Heizkosten!

Richtiges Lüften

Regelmäßiges Lüften ist wichtig für das Raumklima. Dabei ist Stoß- oder Querlüften sparsamer als die dauerhafte Kippstellung eines Fensters. Feuchtigkeit sollte sofort nach dem Duschen, Baden, Kochen oder Schlafen vertrieben werden. Während des Lüftens die Thermostate herunterdrehen, anschließend wieder auf die gewählte Raumtemperatur einstellen.

Hintergrundinfos

Die Verbraucherzentrale Schleswig-Holstein ist ein gemeinnütziger Verein für Information, Beratung, Bildung und Interessenvertretung. Zu den 25 Verbänden, die die Verbraucherzentrale als ordentliche Mitglieder tragen, gehört auch der Bund der Steuerzahler Schleswig-Holstein. Die Verbraucherzentrale bietet unabhängige Beratung auch zur Energieeinsparung im Internet, am Telefon und bei Vor-Ort-Terminen an. Außerdem gibt es zahlreiche Informationsmaterialien rund um Energieverbrauch und -kosten:

www.verbraucherzentrale.sh

Stabile Fenster und Türen geben Sicherheit

Tipps zum Einbruchschutz gab es bei unserer Info-Veranstaltung in Bad Bramstedt

In einer Informationsveranstaltung hat der Bezirksbeirat Neumünster/Segeberg des Bundes der Steuerzahler Schleswig-Holstein Tipps zum Schutz vor Haus- und Wohnungseinbrüchen gegeben. Fachkundiger Referent war Polizeioberkommissar Christian Schmock, zuständiger Präventionsbeamter für den Kreis Segeberg.

Rund 25 Mitglieder ließen sich aus erster Hand informieren. Zunächst die schlechte Nachricht: Die Haus- und Wohnungseinbrüche nehmen wieder zu, nachdem es einen Rückgang in der Corona-Pandemie gegeben hatte. Das Wichtigste für Einbrecher ist, nicht erkannt zu werden. Dies ist auch der Grund, warum es in der dunklen Jahreszeit zu besonders vielen Einbrüchen kommt: Einbrecher nutzen vor allem die Stunden, in denen es schon dunkel ist, aber die Hausbewohner noch außer Haus sind. In der Regel arbeiten Einbrecher ohne große Vorbereitung und nach dem Zufallsprinzip, so der Experte.

Daraus ergeben sich einfache Schutzmöglichkeiten. Je stabiler Fenster und Türen verriegelt sind, desto schwerer fällt es, einzusteigen. Es braucht für das gewaltsame Öffnen längere Zeiträume und es gibt laute Geräusche. Deshalb lohnt es sich, Fenster und Türen von Fachbetrieben einbruchhemmend nachzurüsten. Ebenso scheuen Einbrecher helles Licht, weil sie dann von Nachbarn und Spaziergängern bei ihrem verbotenen Tun beobachtet werden könnten. Wichtig ist auch, Wohnungen und



Die Mitglieder des BdSt-Bezirksverbandes Neumünster/Segeberg erhalten von Polizeioberkommissar Christian Schmock Tipps zum Schutz vor Haus- und Wohnungseinbrüchen.

Häuser möglichst bewohnt aussehen zu lassen. Zeitschaltuhren für die Beleuchtung von Zimmern, die nicht von außen einsehbar sind, helfen hier am besten.

Der wichtigste Schutz sind aber wachsame Nachbarn, so der Polizist. Wenn man gegenseitig voneinander weiß, auch auf das Nachbargrundstück aufpasst und bei verdächtigen Aktivitäten sofort den Notruf 110 wählt, kann man das Sicherheitsniveau für die ganze Nachbarschaft deutlich verbessern.

Wenn man einen Einbrecher auf frischer Tat beobachtet, kann man ihn laut und deutlich ansprechen. Laien sollten jedoch auf keinen Fall versuchen, Täter festzuhalten oder zu überwältigen. Das Risiko einer eigenen Verletzung ist zu hoch. Wichtiger ist die schnelle Information der Polizei, eine möglichst genaue Täterbeschreibung und die Beobachtung des Fluchtweges. Schmock machte eindringlich darauf aufmerksam, dass nach seiner Beobachtung viele Einbruchsoffer einer hohen psychischen Belastung ausgesetzt sind. Schä-

den am Gebäude und gestohlene Wertsachen können ersetzt werden, wenn es sich nicht um Unikate handelt. Aber das Gefühl, dass fremde Menschen in der eigenen Wohnung und in den Schränken gewühlt haben, ließen viele Opfer noch über Jahre nicht los. Hier hilft auch die Opferschutzorganisation „Weißer Ring“. Überall im Lande gebe es Ansprechpartner, die in solchen Fällen fachkundige Hilfe vermitteln. Die Kontaktdaten gibt es bei den örtlichen Polizeistationen.

Hans-Peter Küchenmeister, Bezirksbeiratsvorsitzender des Bundes der Steuerzahler Neumünster/Segeberg, dankte Schmock für seine anschaulichen Ausführungen. Er ergänzte sie um Informationen über Fördermöglichkeiten für notwendige Umbauten am eigenen Haus. Sowohl die Kreditanstalt für Wiederaufbau des Bundes als auch die Investitionsbank Schleswig-Holstein bieten Förderprogramme an, mit denen Investitionen in die Sicherheitstechnik unterstützt werden.

Rainer Kersten, rainer.kersten@steuerzahler.de

Neu im Vorstand: Karin Reese-Cloosters



Auf ihrer Sitzung am 12. September 2022 wählten die Delegierten des Landesverbandes Schleswig-Holstein Karin Reese-Cloosters aus Dänischenhagen neu in den Vorstand. Sie löst Dr. Hartmut Borchert aus Kiel als Vizepräsidentin ab. Karin Reese-Cloosters wurde 1956 in Lage, Kreis Lippe, geboren und wuchs im Ruhrgebiet auf. Sie studierte Sozialwissenschaften und Rechtswissenschaften an der Universität Bochum. Als Volljuristin trat sie 1985 in den Dienst der Stadt Duisburg ein. 1996 wechselte sie als Referatsleiterin in den Landesdienst von Schleswig-Holstein. Seit 2009 bis zu ihrem Eintritt in den Ruhestand im März 2022 war sie Abteilungsleiterin für Haushalt und Beteiligungen im Finanzministeri-

um Schleswig-Holstein. In dieser Tätigkeit nahm sie viele Gremienaufgaben als Verwaltungsrätin, Aufsichtsrätin oder Kuratoriumsmitglied für das Land wahr.

Als aktive Sportlerin, langjährige Übungsleiterin und Vorstandsmitglied von Sportvereinen stets dem Sport verbunden, ist sie seit Juni 2022 stellvertretende Vorsitzende des Kreissportbundes Rendsburg-Eckernförde. Neben ihrer ehrenamtlichen Vorstandstätigkeit im Bund der Steuerzahler geht sie ihren privaten Interessen für Sport, Kultur, Reisen und Politik nach. Vorstand und Verwaltungsrat des Bundes der Steuerzahler Schleswig-Holstein freuen sich auf die Zusammenarbeit mit der Juristin und Haushaltsexpertin.



Rostock ist am Ball

Kauft Rostock das Ostseestadion? Diese Frage muss die neu gewählte Stadtspitze beantworten. Denn im September hat das Land deutlich gemacht, dass es die Sanierung des traditionsreichen Standortes nicht vollumfänglich übernehmen wird. Voraussetzung für Fördermittel sei ein Kauf des Stadions durch die Hansestadt Rostock erklärte die zuständige Ministerin in einer Fragestunde des Landtages. Rostock ist also, um es in der Sportlersprache auszudrücken, derzeit am Ball. Doch kann die Stadt sich die Übernahme leisten? Für Schwarzbuchkenner ist das Ostseestadion ein alter Bekannter. Anfang 2021 haben die Pläne zur Sanierung des Stadions und Entschuldung des Vereins zur Aufnahme ins Schwarzbuch geführt. Der Steuerzahlerbund hatte kritisiert, dass bis zu 30 Millionen Euro Steuergeld in einen hochprofitablen Sport

fließen. Im Laufe der Zeit wurde immer klarer, dass es bei den zunächst benannten Summen nicht bleiben und die Sanierung erheblich teurer würde. Die jetzige Absage des Landes an eine Vollfinanzierung hat die Verantwortlichen sichtlich enttäuscht zurückgelassen. Aus Sicht des Steuerzahlerbundes Mecklenburg-Vorpommern ist sie jedoch folgerichtig. Dass eine Förderung grundsätzlich möglich ist, steht außer Frage. Schließlich leistet der FC Hansa Rostock auch einen Beitrag für den Kinder- und Jugend-Breitensport. Dennoch muss sich der Verein, der zuletzt das erfolgreichste Geschäftsjahr seit langem verzeichnet, auch selbst um die langfristige Finanzierung seiner Spielstätte kümmern. Inwiefern die Hansestadt hier einspringen wird (und kann), wird die Zeit zeigen.

Michaela Skott, presse@steuerzahler-mv.de

Klimaschutzstiftung: Auflösung lässt auf sich warten



Die für den September angekündigte Auflösung der umstrittenen Klimaschutzstiftung MV zieht sich weiterhin. Unterdessen gerät ihr Vorstand, der Ex-Ministerpräsident

Erwin Sellering (Bild), immer weiter ins politische Abseits, auch deshalb, weil er weiterhin Auskünfte verweigert, die die Stiftung eigentlich per Gerichtsbeschluss erteilen muss. Die Forderung des Landes nach der Zahlung einer Schenkungsteuer in Höhe von knapp 10 Millionen Euro führt er ebenfalls gegen eine Auflösung der Stiftung ins Feld. Dass diese Steuer nun durch das Land erhoben wird, führt der Steuerzahlerbund MV auch auf die eigene aktive Pressearbeit zu dieser Thematik zurück. Das Land ist nun gefragt, die Stiftungsauflösung aktiv voranzutreiben. Das Ziel muss sein, Verantwortliche auch in die Haftungspflicht zu nehmen, sollte dies notwendig sein.

Michaela Skott, presse@steuerzahler-mv.de

Schweriner Steuerforum 2022

Die Folgen der Corona-Pandemie wiegen für die Wirtschaft in Mecklenburg-Vorpommern teils schwer, die große Wertekrise hat Auswirkungen auch auf den Mittelstand, der Tourismus kämpft mit Rückgängen und dem Fachkräftemangel, der Angriffskrieg Russlands in der Ukraine führt zu Inflation und Sorgen um die Sicherheit. Die Energie- und Gaspreise erreichen astronomische Höhen. Was kann, was muss getan werden? Die Industrie- und Handelskammer zu Schwerin, der Bund der Steuerzahler MV e.V. und der Steuerberaterverband MV e.V. informieren und diskutieren gemeinsam mit Ihnen!

Wann? 13. Dezember 2022 von 17:00 - 19:00 Uhr

Wo? Ludwig-Bölkow-Haus, Sitz der Industrie- und Handelskammer zu Schwerin, (Graf-Schack-Allee 12, 19053 Schwerin), vorbehaltlich möglicher Pandemieregulungen.

Wie? Mitglieder können sich jetzt über die Homepage der IHK zu Schwerin oder unter service@steuerzahler-mv.de anmelden!

Service 1:

Gebühren für Wasser steigen

Nach dem Anstieg der Kosten für Gas und Strom droht vielen Verbraucherinnen und Verbrauchern nun das nächste Unheil: Die Gebühren für Wasser und Abwasser steigen. Auch vor den Zweckverbänden machen die Kostensteigerungen im Energiesektor nicht halt. Ab 2023 legen sie die steigenden Kosten auf die Abnehmer um. Es empfiehlt sich, dies bei den Nebenkosten zu berücksichtigen und ggf. die Miete dahingehend anzupassen.

Service 2:

Abgabefrist ist verlängert

Auch für die Jahre 2022 und 2023 gibt es für Privatpersonen, die nicht beraten werden, eine verlängerte Abgabefrist für die Einkommensteuererklärung. Das Bundesfinanzministerium: Durch die Inanspruchnahme von Krisenhilfen gibt es erhöhte Arbeitsabläufe in den Finanzämtern. Auch die neue Grundsteuerberechnung zeigt Wirkung. Es gilt: Steuerjahr 2022 – letzte Frist: 2. Oktober 2023. Steuerjahr 2023 – letzte Frist: 2. September 2024.

Der Fiskus kassiert ab

Die Herbst-Steuerschätzung geht von Mehreinnahmen in Höhe von 126 Milliarden Euro von Bund und Ländern aus. Zwar sind einige gesetzliche Änderungen, die die Schätzung nach unten korrigieren würden, noch nicht berücksichtigt, jedoch wird mehr als deutlich, wie der Staat an der Inflation mitverdient. Der Bund der Steuerzahler hat hierzu deutlich Stellung bezogen:



„Diese Steuerschätzung eröffnet keinen Spielraum für neue parteipolitische Begehrlichkeiten“, sagt BdSt-Präsident Reiner Holznagel (Bild). „Vielmehr müssen die Steuerzahler

von inflationsgetriebenen steuerlichen Belastungen befreit werden“. So fordert der Verband nicht nur den überfälligen Komplett-Abbau der kalten Progression im Einkommensteuertarif, sondern auch die Anpassung aller Pauschalen und Freibeträge an die Preisentwicklung. „Teilweise sind Pauschalen seit mehr als 50 Jahren nicht angepasst worden. Die meisten Freibeträge entsprechen nicht der Höhe, wie sie inflationsbedingt sein müsste. Deshalb sollten auch Freibeträge und Pauschalen jedes Jahr angepasst werden! Der Fiskus darf kein einseitiger Gewinner sein, während die Inflation den Wohlstand der Steuerzahler auffrisst.“

Run aufs Schwarzbuch

2. Auflage in Arbeit – neuen Hinweisen gehen wir nach

Das diesjährige „Schwarzbuch – Die öffentliche Verschwendung“ hat einen regelrechten Run auf die gedruckten Exemplare ausgelöst. Eine zweite Auflage ist bereits in Arbeit. Auch in Mecklenburg-Vorpommern haben die Bürger*innen sich ihr Exemplar so häufig bestellt, wie schon lange nicht mehr. Die Resonanz in den Medien war ebenfalls hoch. Gerade in Krisenzeiten, so scheint es, sind die Menschen besonders daran interessiert, ob Steuergeld sinnvoll investiert oder verschwendet wird. Seit Erscheinen des „Schwarzbuches“ erreichten uns neue Hinweise auf Steuergeldverschwendung, denen wir nun nachgehen. Eigene Hinweise können Sie über unsere Website



50 Jahre

Das Schwarzbuch

Die öffentliche Verschwendung
2022/23

unter www.schwarzbuch.de (Menüpunkt: Aktiv werden) an uns richten oder direkt per E-Mail an presse@steuerzahler-mv.de

Mitgliederversammlung: Endlich wieder in Präsenz

Am 13. Oktober fand die Mitgliederversammlung des Bundes der Steuerzahler Mecklenburg-Vorpommern endlich wieder regulär in Präsenz statt. Zu Gast waren auch der Präsident des Bundes der Steuerzahler, Reiner Holznagel, Vertreter*innen des Landesverbandes Hamburg sowie die Kolleginnen unserer Servicestelle. Auch 2021 war ein herausforderndes Jahr für die Mitglieder und den Landesverband. Im Rückblick wurde nochmals an die großen Themen des vergangenen Jahres erinnert: Die Wahlen, Werfenerrettung, MV-Schutzfonds. Ebenfalls wurde die erfolgreiche Presse- und Öffentlichkeitsarbeit beleuchtet.

Der Verwaltungsratsvorsitzende Christian Rosenkranz hob das Engagement des Vorstandes hervor. Vorstand und Verwaltungsrat

wurden entlastet, als Abschlussprüferin für 2022 wurde Christine Koch wiedergewählt. Mitglieder können den Geschäftsbericht unter service@steuerzahler-mv.de anfordern.

Für unsere Mitglieder: Geben Sie uns Ihre E-Mail-Adresse und profitieren Sie von unserem besonderen Service. Wir bieten jeden Monat mehrere Webinare in Kooperation mit dem Landesverband Rheinland-Pfalz an. Registrieren Sie sich und senden Sie uns eine kurze Nachricht mit Ihrer E-Mail-Adresse an service@steuerzahler-mv.de.

Selbstverständlich finden Sie alle aktuellen Veranstaltungen auch unter www.steuerzahler.de/mecklenburg-vorpommern.

Blick durch den Norden



näherem Hinsehen genau ins Bild. Welchem „Team“ dabei die handelnden Personen angehören, ist von vielen Überlegungen und

Kaum zu glauben aber wahr: Der Norden hat gewählt und es wird wieder spannend, wenn in Berlin und Bayern die Bürger aufgerufen sind, zu wählen. Fast ein Jahr also, in dem die Politiker – eigentlich – damit beschäftigt sein müssten, sachgerechte Entscheidungen zu treffen. Entscheidend ist hier das Wort „eigentlich“. Im Vorfeld der vielen Landtagswahlen in diesem Jahr haben wir schließlich gesehen, wie sehr viele Akteure auf der politischen Bühne immer mit mindestens einem Auge auf die Wähler schielen und vor allem die eigene Zukunft im Blick haben, bei allen Entscheidungen und auch Nichtentscheidungen.

Zu großer Optimismus aber ist nicht angebracht. Wie in den vergangenen Jahren wird auch bis zur Landtagswahl in Bayern vor allem die Frage die Politiker umtreiben, wie sie sich am besten vor unliebsamen Entscheidungen drücken und die von ihnen als wählerwirksam definierten Vorhaben verwirklichen können. Dass inzwischen Bundesländer unterschiedliche Lösungen praktizieren für die Isolation, passt bei

vor allem dem Bauchgefühl der Beteiligten abhängig.

Apropos Bauch: In den vergangenen Wochen gab es aller Orten Weihnachtsmärkte, wo ganz unabhängig vom Wetter alles angeboten wurde, was schmeckt. Mal etwas mehr Licht, mal etwas weniger Stromverbrauch, wer durch den Norden reiste, musste auf nichts verzichten. In unschöner Regelmäßigkeit gab es zudem die neuesten Infektionszahlen, mal garniert mit der Belegung der Intensivstationen, mal je 100.000 Einwohner, mal im Vergleich zum Vortag, mal zur Vorwoche. Die Mischung aus Pandemie und Ukrainekrieg, aus Geländegewinnen und Raketenangriffen, aus Neuinfektionen und Spätfolgen von Corona, passt eigentlich nicht zu den TV-Bildern der Weihnachtsmärkte, aber Dezember ist nun mal Dezember.

Auch wenn das viele Menschen nicht gerne hören – oder lesen – wollen: Mit dem Jahreswechsel ändert sich eigentlich nichts an der doppelten Problemstellung. Und leider ändert sich auch nichts an der Haltung vieler Politiker. Im Fernsehen war mal wie-

der der Satz zu hören, die Bundesregierung müsse verantwortungsvoll umgehen mit den „Staatsgeldern“.

Mit Verlaub: Es gibt keine Staatsgelder, sondern nur Steuergeld. Jeder Euro, den die Politiker derzeit aktionistisch ausgeben, ist ursprünglich mal ein Euro gewesen, den die Steuerzahler erwirtschaftet haben und dann an die Gesellschaft abgeben mussten. Dass Politiker nicht immer sorgsam umgehen mit dem Geld der Steuerzahler, ist sattsam bekannt. Die Doppelkrise um Corona und den Ukrainekrieg aber hat gezeigt, dass die zuweilen nicht einmal gut erklären können, wofür sie das Geld der Steuerzahler verprassen. Noch etwas haben uns die vergangenen Jahre gezeigt: Der Staat hat sich verselbstständigt und die Bürokraten haben immer neue Vorschriften erfunden und immer neue Genehmigungen eingeführt, die in einer Krise hinderlich sind und wenig bis nichts bewirken.

Zu den derzeit eher schlechten Zeiten würde eigentlich auch gehören, dass die Menschen die Wahrheit erfahren – über Gas- und Strompreise etwa. Aber da halten sich die Versorger wie die Politiker zurück. Da wird mal hier ein Abschlag vom Staat übernommen und den Bürgern empfohlen, seltener und nicht zu lang zu duschen. Was das aber kostet oder besser spart, welche Bedeutung es hat für die Energieversorgung insgesamt, bleibt weitgehend im Dunkeln.

Impressum

Herausgeber: Bund der Steuerzahler Hamburg, Schleswig-Holstein und Mecklenburg-Vorpommern

Redaktion: BdSt Schleswig-Holstein, Rainer Kersten, Lornsenstraße 48, 24105 Kiel, Tel. 0431/99 01 65-0, Fax 99 01 65-11, E-Mail: schleswig-holstein@steuerzahler.de

Verlag: BdSt Steuerzahler Service GmbH, Haus der Bundespressekonferenz, Schiffbauer Damm 40, 10117 Berlin

Verantwortlich: Schleswig-Holstein: Roger H. Müller, Rainer Kersten; Hamburg: Sascha Mummenhoff; Mecklenburg-Vorpommern: Diana Behr

Erscheinungsweise: 9 x jährlich
Auflage: 21.000, 51. Jahrg., 12/2022

Anzeigenverwaltung: Nord-Kurier Verlag und Werbegesellschaft mbH, Lornsenstraße 48, 24105 Kiel

Konzeption & Gestaltung: J. Holz, www.diegestalten.com, Mainz

Satz: LINE Media Agentur, info@linemedia.de, 04334/18 91 18

Druck & Versand: Dierichs Druck Media GmbH & Co KG, Frankfurter Straße 168, 34121 Kassel

Fahrtenbuch spart Steuern



Das Führen eines Fahrtenbuches ist eine mühevolle Angelegenheit. Doch es ist eine Mühe, die sich in Euro und Cent auszahlen kann. Denn viele Steuerabzugsmöglichkeiten können nur genutzt werden, wenn als Beleg für die berufliche Nutzung des Fahrzeuges ein Fahrtenbuch geführt wird. Gleichzeitig steigen die Anforderungen der Finanzverwaltung an die Fahrtenbuchführung, die bei Steuerprüfungen immer wieder zu Beanstandungen und damit Rückzahlungen führt.

Der Bund der Steuerzahler hat deswegen ein eigenes Fahrtenbuch aufgelegt, mit dem wir Ihnen die leidigen Aufzeichnungspflichten ein wenig erleichtern wollen. Das Heft entspricht den Vorgaben der Finanzverwaltung und kann deswegen dabei helfen, Steuern zu sparen.

Das Fahrtenbuch kann angefordert werden zum Preis von 2,00 Euro inklusive Versand bei



NORD-KURIER
Verlag und Werbe-GmbH,
Lornsenstraße 48,
24105 Kiel,
Tel. 0431/990165-0
Fax 0431/990165-11
info@nord-kurier.de

Mit der Broschüre erhalten Sie eine Rechnung.